

SCHORNDORFER NACHRICHTEN

www.schorndorfer-nachrichten.de



Visit us! ♥

HÖLLGASSE 13 UND 22
IN SCHORNDORF

MONTAG - SAMSTAG
09:30 - 18:00 UHR

ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 5404

Samstag, 16. / Sonntag, 17. Juli 2022

77. Jahrgang

Nr. 162

2,50 Euro

Plüderhausen

Wie lange sollen Kleinkinder in der Kita bleiben?

Die Kitagebühren werden ab September steigen. Doch das war nicht der größte Aufreger in der Gemeinderatsdebatte. Für den sorgte der FW-FD-Rat Silvan Vollmar, der grundsätzliche Zweifel am Sinn der Kleinkindbetreuung äußerte. „Etwas läuft ganz schief“, wenn Zweijährige 50 Stunden im Kindergarten blieben. Dieses Angebot wollte der Plüderhäuser daher am liebsten komplett streichen. Die SPD forderte derweil Gebührenfreiheit. Durchsetzen konnten sie sich mit ihren Forderungen am Ende indes beide nicht.

► Seite B 5



Sollten kleine Kinder betreut werden?
Foto: Adobe Stock

Rems-Murr

Rems-Viadukt: Kein Schritttempo mehr, Schaden behoben

Manchmal geht's schneller, als die Deutsche Bahn denkt ... Die Pressesprecherin der Deutschen Bahn fürchtete am Donnerstag noch, dass die Reparaturarbeiten am Viadukt zwischen den Bahnhöfen Waiblingen und Neustadt-Hohenacker frühestens Ende Juli, womöglich erst im August erledigt sein könnten. Am Freitag überraschte sie die S- und Regionalbahnfahrer dann mit einer guten Nachricht: Die Zeit, in der Schritttempo gefahren werden musste, ist vorbei. Die defekten Lager sind repariert. Gefahr für Leib und Leben bestand übrigens nicht.

► Seite C 2



Arbeiten am Rems-Viadukt. Foto: Habermann

Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444
aboservice@zv.de
8.00 - 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
12864,72 Pkt. + 345,06 Pkt.	3477,20 Pkt. + 80,59 Pkt.	1.0059 Dollar + 0,54 Cent

Wetter



Mittags 26° | Nachts 13°

Viel Sonnenschein, warm,
die Trockenperiode hält an



60028

4 19420302508

Zum 52. Mal: Schorndorf im Zeichen der SchoWo



Fünf kurze Schläge brauchte der Schorndorfer Oberbürgermeister Bernd Hornikel für den Fasnachtstanz, dann war die 52. SchoWo am Freitag-

abend eröffnet. Zuvor hatte Bernd Hornikel, für den die SchoWo als Oberbürgermeister eine Premiere bedeutete, zusammen mit Erstem Bürger-

meister Thorsten Englert den Festumzug zum Archivplatz geführt, wo - musikalisch umrahmt vom Großen Bläserorchester Schorndorf - die Er-

öffnung zelebriert wurde. Bis Dienstagabend steht ganz Schorndorf nun im Zeichen des Stadt-fests.
Foto: Schneider ► Seite B 1

Kürzungen bei Gasnotlage technisch nicht umsetzbar

Die Politik setzt darauf, im Fall einer Gasnotlage Industriebetrieben oder Privathaushalten die Gaszufuhr zu kürzen. Technisch ist das aber kaum zu realisieren.

VON KLAUS KÖSTER

STUTT GART. Die Kürzung der Gaszufuhr an bestimmte Verbraucher, mit der die Verteilung von Erdgas im Fall einer Notlage gezielt gesteuert wird, ist durch die Netzbetreiber technisch kaum zu realisieren. Es sei zwar möglich, den Druck im Gasnetz so stark zu reduzieren, dass Gasheizungen in Haushalten sich abschalten, sagte ein Sprecher von Netze BW unserer Zeitung. Eine Regulierung der Gaszufuhr über das Netz, die zu einer bestimmten Raumtemperatur führt, sei jedoch technisch nicht möglich.

Anders als nach einer Stromabschaltung sei es beim Gas auch nicht möglich, die Zufuhr einfach wieder hochzufahren. Vielmehr müsse dafür eine Wiederinbetriebnahme der Heizungen in den Privathaushalten erfolgen. Da dies in Summe tagelang dauern dürfte, seien kurzzeitige Abschaltungen ebenfalls nicht möglich.

Die Bundesnetzagentur könne sehr wohl Gasverbraucher anweisen, ihren Gasverbrauch zu reduzieren oder die Betreiber des übergeordneten Gastransportnetzes damit

1

Grad Celsius weniger an Raumtemperatur entspricht einer Energieeinsparung von sechs Prozent. Häufig genügt eine weitaus niedrigere Raumtemperatur, als wir es bisher gewohnt sind, heißt es in einem geplanten Einspar-Katalog der grün-schwarzen Landesregierung.

10-15

Prozent des Stroms werden unter Einsatz von Gas produziert. „Daher trägt auch die Reduktion des Stromverbrauchs zur Gasreduktion bei“, schreiben die Experten der Landesregierung in ihrem Papier.

Lauterbach empfiehlt Booster für Jüngere

Infektiologe hält Immunisierungsgrad für die aktuell lockeren Coronaregeln nicht für ausreichend.

BERLIN. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) wirbt in der Corona-Sommerwelle für zweite Auffrischimpfungen auf breiterer Front – nicht nur ab 60 Jahren. Unter Experten stieß dies auf ein unterschiedliches Echo. Der Immunisierungsgrad reiche für die aktuell lockeren Coronaregeln nicht aus, sagte der Infektiologe Julian Schulze zur Wiesch vom Uniklinikum Hamburg-Eppendorf unserer Zeitung. „Die Omikron-Subvariante BA.5 ist vollkommen unterschätzt worden.“ Die Verhaltensregeln seien im Frühjahr zu umfassend gelockert worden. Wer Ende 2021 zum dritten Mal geimpft worden sei und noch keine Infektion durchgemacht hat, „besitzt womöglich gar keinen Schutz gegen BA.5“. Zugleich steigt der Anteil sogenannter Reinfektionen deutlich. *jgp*
Kommentar

Experten warnen vor Gewalt in der Pflege

Kein Randphänomen, aber ein Tabuthema: Sowohl pflegebedürftige als auch pflegende Menschen werden häufig Opfer von Gewalt.

VON RAINER PÖRTNER

BERLIN/STUTT GART. Das Berliner Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) hält Gewalt in der Pflege für ein stark unterschätztes und verdrängtes Problem in Deutschland. „Das ist ganz bestimmt kein Randphänomen“, sagte Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP, unserer Zeitung. „Gewalt gegen Pflegebedürftige kommt nicht nur ausnahmsweise vor“, erklärte er weiter.

Das ZQP schlägt eine bundesweite Allianz aus Zivilgesellschaft und Staat vor, in der sich die Akteure verbindlich auf Maßnahmen zur Gewaltprävention verständigen. „Es gibt eine Nationale Demenzstrategie, ein sehr guter Ansatz. So etwas brauchen wir für das Thema ‚Pflege und Gewalt‘ auch“, erläuterte Suhr.

In einer Studie des ZQP schätzten Pflegedienst-Leitungen und Qualitätsbeauftragte

beauftragt. Doch die Möglichkeiten, die Einhaltung solcher Vorgaben über das Netz zu überwachen, sind begrenzt. Da der Gasverbrauch in der Regel nur einmal im Jahr abgelesen wird, lässt sich im Nachhinein nicht feststellen, wie sich der Verbrauch während der Gasnotlage entwickelt hat. Auch ein Online-Zugriff auf die Zähler sei heute nicht möglich.

Anders sieht es bei den rund 750 größeren Unternehmen aus, die sich im Einzugsbereich von Netze BW als Gasnetzbetreiber befinden. Hier gebe es einen direkten Einblick in die Verbrauchsdaten, die alle 15 Minuten aktualisiert würden.

Anders als beim Strom lasse sich die Versorgung mit Gas auch nicht kleinräumig abschalten. Beim Stromnetz seien Abschaltungen einzelner Stadtviertel oder sogar Straßen möglich, nicht aber beim Gas. Noch geringer seien die Möglichkeiten der Gaslieferanten, mit denen die Verbraucher die Verträge abgeschlossen hätten. Diese stellten rechnerisch die benötigten Gas mengen bereit, hätten aber keinerlei physischen Zugriff auf die Belieferung ihrer Kunden.

Kommentar

Eigenverantwortung ist eine Geldfrage

Der Staat überlässt das Pandemiemanagement weitgehend den Bürgerinnen und Bürgern.

VON ANNIKA GRAH

Wer in jüngster Zeit eine Corona-Infektion im eigenen Umfeld hatte, stellt fest: Pandemiemanagement ist inzwischen weitgehend Privatsache. Wer den Schutz anderer ernst nimmt, bleibt auf den Kosten sitzen. Angefangen bei den Masken und Schnelltests, über die Kinderbetreuung und Absagen von Terminen oder Urlauben, wenn Kontaktpersonen der Empfehlung folgen, Begegnungen einzuschränken. Doch nicht jeder kann sich das leisten, weder privat noch im Job.

Für Infizierte endet die Absonderung nach zehn Tagen – egal, ob der Test noch positiv ist. Und auch, ob überhaupt getestet wird, wird nicht kontrolliert. Immer öfter hört man, der ein oder andere teste sich gar nicht, um sich nicht einschränken zu müssen. Das Regelwerk setzt so sehr auf Freiwilligkeit und hat so viele Lücken, dass es fast absurd anmutet, dass sich positiv Getestete ohne Symptome absondern müssen.

Doch Covid-19 ist nach wie vor eine meldepflichtige Krankheit. Leider verläuft nicht jede Infektion symptomlos, es gibt nach wie vor vulnerable Gruppen, die geschützt werden müssen, und wenn angesichts der Masse an Infektionen in kritischen Bereichen Personal knapp wird, trifft uns das alle. Also wieder alles hochfahren? Eher schwierig. Wenn die Politik aber weiter auf Eigenverantwortung setzt, sollte sie wenigstens diejenigen nicht im Regen stehen lassen, die ihre Verantwortung ernst nehmen, sie sich finanziell aber eigentlich nicht leisten können.

Hermann: Sanierung bei der Bahn bis 2040

STUTT GART. Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) rechnet damit, dass die Sanierung der Bahn bis 2040 dauern wird. „Wir brauchen eine mindestens zwanzig Jahre dauernde Sanierungs-, Modernisierungs- und Ausbauphase und dafür eine stabile, langsam, aber stetig wachsende Finanzierung“, sagte er unserer Zeitung. „Gute Bahn 2040! muss das Ziel sein, das über Parteigrenzen hinweg verfolgt werden muss. Alles andere ist Illusion“, so Hermann.

Der Minister macht wenig Hoffnung auf eine schnelle Besserung: „Selbst wenn man der Bahn sofort zusätzliche Milliarden zur Verfügung stellen würde, der Konzern könnte sie gar nicht verbauen. Es fehlt an Personal und an Ingenieuren.“ *ivo*